

Deutliche Zustimmung zur Zahnklinik-Auslagerung

Gegner sprechen von Leistungsabbau – Befürworter von Effizienz

Von Franziska Laur

Basel. Betretenes Schweigen der Linken bei der Auszählung des Resultats zur Auslagerung der Volks- und Schulzahnklinik: Sie hatten zwar eine Niederlage vermutet. Dass die Vorlage jedoch lediglich rund 36 Prozent Ablehnung erhielt, war allerdings eine Enttäuschung. Zufrieden äusserte sich Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP). «Die Annahme ist viel deutlicher ausgefallen als erwartet», sagte er. Diese Auslagerung ermögliche, die Stärken der Volkszahnklinik und die der Universitäts-Zahnklinik zu vereinen. So könne man die Patienten umfassend behandeln.

Die Gegner der Vorlage hingegen sehen düster in die Zukunft. «Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es zum Abbau kommt», sagte Brigitte Holliger, Präsidentin der SP Basel-Stadt. Auch Heidi Mück (Grünes Bündnis) war enttäuscht, gratulierte jedoch ihren Kontrahenten zum Sieg. «Deine Zähne werden trotzdem geflickt», sagte Helen Schai (CVP) zu ihr. Sie sei tatsächlich seit jungen Jahren in der Volkszahnklinik Kundin, sagte Mück. Mittlerweile nicht mehr aus finanziellen Gründen, sie zahle den vollen Tarif, sondern weil sie dort eine Zahnärztin gefunden habe, die ihr die Angst vor der Behandlung nehmen könne. Doch für diejenigen Patienten, die auf den günstigen Tarif angewiesen seien, sehe sie schwarz. So befürchte sie, dass diese unter Druck geraten würden und zu Forschungszwecken missbraucht werden könnten.

Bedenken hat sie auch, weil der Grosse Rat nun nicht mehr mitreden kann. Doch Lukas Engelberger habe versprochen, er werde gut hinschauen.

Und wie tut er das? Er werde es handhaben wie bei den öffentlichen Spitälern, sagt Engelberger. Dort habe er engen Kontakt mit der Verwaltung und den Direktoren. «Wir treffen uns viermal pro Jahr zu einem Eignerggespräch», sagt er. Dort würden auch heikle Themen zur Sprache kommen. Bei der neuen Volks- und Schulzahnklinik werde man jetzt zunächst den Verwaltungsrat bestellen müssen.

Nicht zu vergleichen mit den BVB

«Das ist ein wichtiges und gutes Projekt», sagt Helen Schai, CVP. Es stimme nicht, dass so die soziale Medizin unter die Räder komme. Die Linke habe auch stets argumentiert, dass man am Beispiel BVB sehe, wie viel bei einer Auslagerung schiefgehen könne. «Doch dort war es ein rein personelles Problem. Mit der Struktur hatte das nichts zu tun.» Auch Conradin Cramer (LDP) freute sich über das Resultat. Auf diese Weise könne man ideal Synergien nutzen, ohne dass etwas auf der Strecke bleibe.

Gereizt reagierten die rot-grünen Parteien, Gewerkschaften und Referendumsorganisationen. In einer Stellungnahme melden sie, dass sie über die Annahme der Auslagerung sehr enttäuscht seien. «Das Täuschungsmanöver der Befürworter/-innen, die konsequent von sozialer Zahnmedizin gesprochen, jedoch inhaltlich das genaue Gegenteil vertreten haben, hat leider

gewirkt», schreiben sie in der Medienmitteilung. Die soziale Zahnmedizin werde durch die Auslagerung keinesfalls gesichert, sondern gefährdet. Die Entdemokratisierung der zahnmedizinischen Grundversorgung öffne künftigen Privatisierungen sowie Verteuerungen und Verschlechterungen der Leistungen Tür und Tor. Auch die Angestellten würden verlieren: Sie müssten sich auf die Aufweichung ihrer Arbeitsbedingungen einstellen.

Fragwürdig sei auch die Rolle des Gesundheitsvorstehers Lukas Engelberger. Er habe sich öffentlich dahingehend geäussert, dass der Zahnmedizinbus mit der Auslagerung beibehalten und die neuesten modernsten Kenntnisse der Zahnmedizin für Betagte und wirtschaftlich Schwächere zugänglich gemacht würde. «Wir sind äusserst skeptisch, ob Engelberger seine Versprechen halten kann. Rot-Grün und Gewerkschaften werden ein wachsames Auge auf die kommende Entwicklung haben», steht in der Mitteilung.

Der Gewerbeverband hingegen begrüsst das Resultat. Das klare Ja zum «Universitären Zentrum für Zahnmedizin» sei ein Entscheid für eine kostengünstige und moderne Zahnmedizin. «Die geschürten Ängste vor der Auslagerung der Zahnmedizin aus der Verwaltung sind völlig unbegründet», sagte Gewerbedirektor Gabriel Barell. Das Zentrum für Zahnmedizin verbessere die Dienstleistung für die ganze Bevölkerung und sei erst noch kostengünstiger als eine Sanierung der alten Standorte.